



Kassel, 7. Juli 2023 | Ausgabe Nr. 133

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause, in der wir noch zahlreiche wichtige Vorhaben beschließen haben.

Haushalt 2024

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2024 wird diese Woche im Kabinett verabschiedet und uns dann als Parlament erreichen. Auch wenn die Aufstellung dieses Mal etwas länger gedauert hat, werden wir uns im Parlament nun sorgfältig damit befassen, damit wir im Herbst in die eigentlichen Haushaltsberatungen einsteigen können. Wir als Haushaltsgesetzgeber tun das mit der notwendigen und üblichen Sorgfalt und Verantwortung, um das kommende Jahr gut und sozial zu gestalten.

Suizidhilfe

In dieser Woche behandelten wir zudem ein weiteres wichtiges gesellschaftliches Thema im Bundestag:

die Beihilfe zum Suizid. 2020 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt, da es das Recht aller auf selbstbestimmtes Sterben verletzte. Nun soll die Suizidbeihilfe gesetzlich neu geregelt werden. Vielleicht musste sich der eine oder die andere bereits wegen persönlicher Betroffenheit im Familien- oder Bekanntenkreis mit dem Thema auseinandersetzen. Jedenfalls ist es keine einfache Entscheidung, die wir hier zu treffen hatten. Denn bei der Neuregelung der Suizidhilfe handelt es sich um eine

ethisch schwierige Entscheidung, die es gut abzuwägen galt.

Die zwei Gesetzentwürfe von fraktionsübergreifenden Gruppen über eine Neuregelung der Suizidhilfe fanden im Bundestag keine Mehrheit. Ein gemeinsamer Antrag mit dem Titel „Suizidprävention stärken“ hingegen fand eine Mehrheit im Parlament.

Euer



ENERGIEWENDE

MIT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ ZUM ERFOLG

Erneuerbare Energien sind ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende. Die Entwicklung der Energiepreise in den vergangenen Monaten hat aber auch gezeigt: mindestens genauso wichtig ist es, den Energieverbrauch deutlich und dauerhaft zu senken. Deshalb beriet der Bundestag in dieser Woche abschließend den Gesetzentwurf zur Steigerung der Energieeffizienz – das sogenannte Energieeffizienzgesetz (EnEfG).



Mit dem EnEfG wurde erstmals ein gesetzlicher Rahmen zur Senkung des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland geschaffen. Konkret werden Ziele für den Primär- und Endenergieverbrauch für 2030 festgelegt und für den Zeitraum bis 2045 eine Richtgröße für den Endenergieverbrauch beschrieben.

Bis 2030 soll der Primärenergieverbrauch um mindestens 39,3 Prozent und der Endenergieverbrauch um mindestens 26,5 Prozent im Vergleich zu 2008 verringert werden. Damit werden die Vorgaben der in der Verhandlungsfassung vorliegenden, noch nicht beschlossenen EU-Energieeffizienzrichtlinie eingehalten. Die Ziele für 2045 werden 2027 überprüft und ggfs. angepasst.

Die öffentliche Hand soll eine Vorbildfunktion einnehmen. Im Entwurf werden deshalb Bund und Länder dazu verpflichtet, bis 2030 Energie in Höhe von 45 Terawattstunden TWh (Bund) bzw. 3 TWh (Länder) einzusparen. Unternehmen mit einem Energieverbrauch von 7,5 GWh müssen dann Energie- oder Umweltmanagementsysteme einführen und ihre Energieeinsparmaßnahmen in konkreten Plänen erfassen und veröffentlichen.

Auch speziell für Rechenzentren gelten erstmals Effizienz- und Abwärmeanforderungen. Unternehmen sollen künftig entstehende Abwärme vermeiden und die unvermeidbare Abwärme weitgehend reduzieren oder besser nutzen, soweit dies möglich und zumutbar ist.



AUS DER PRESSE | HNA - 07. JULI 2023

KOMMENTAR ZUM GEBÄUDEENERGIEGESETZ

DAS SAGT ...

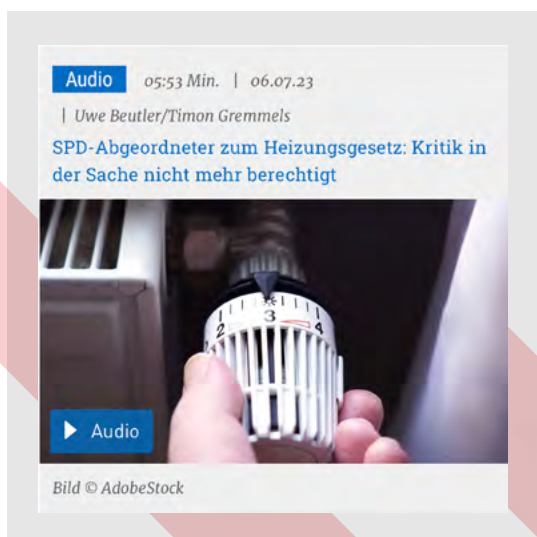
der Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels

Als SPD-Verhandler für das Heizungsgesetz sagt der Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels aus Niestetal: „Wir wollten Bürgern, Handwerk und Industrie schnell Planungssicherheit geben. Das Verfassungsgericht ist hingegen dem Wunsch der Opposition gefolgt, mehr als 72 Stunden Beratungszeit für die zugegebenermaßen umfangreichen Änderungen der Koalition einzuräumen. Die Entscheidung ist zu respektieren. Das Gesetz soll nun Anfang September beschlossen werden und zum 1. Januar in Kraft

treten. Mit dem überarbeiteten Gesetz haben wir viele Befürchtungen aus der Bevölkerung abwenden können. Wir haben die technologische Vielfalt gestärkt. Sogar neue Gasheizungen, die auf Wasserstoffbetrieb umrüstbar sind, sind möglich. Mieterinnen und Mieter werden geschützt, indem wir die Modernisierungsumlage für Heizungen auf 50 Cent pro Quadratmeter begrenzen. Eine Förderung von bis zu 70 Prozent sowie ein zinsverbilligtes KfW-Kreditprogramm sorgen dafür, dass niemand alleingelassen wird.“

AUS DER PRESSE | HESSESCHAU - 07. JULI 2023

INTERVIEW ZUM HEIZUNGSGESETZ



» [Zum Interview](#)





GENEHMIGUNG BESCHLEUNIGEN

Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Im vergangenen Jahr hat die Ampelkoalition bereits wichtige Maßnahmen beschlossen, um den Ausbau von erneuerbaren Energien in Deutschland voranzutreiben. Insbesondere gilt es, den Bau von Windkraftanlagen an Land sowie von Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff (Elektrolyseure) zu beschleunigen. Damit das gelingt, müssen auch die Genehmigungsverfahren solcher Anlagen, die unter das Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) fallen, deutlich schneller werden.

Die Bundesregierung brachte deshalb in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz in den Bundestag ein und setzte damit auch EU-Recht um. „Klima“ wird als Schutzgut im BImSchG verankert, so dass künftig Verordnungen, die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassen werden, auch Regelungen zum Schutz des Klimas enthalten können. Des Weiteren sollen Anlagenbetreibende Unterlagen im Genehmigungsverfahren leichter nachreichen können. Dies kann den Genehmigungsprozess entzerren und verschlanken, zumal viele Unterlagen nicht notwendigerweise bereits zu Beginn der Prüfung durch die Genehmigungsbehörde vorliegen müssen.

Um Verfahrensverzögerungen zu vermeiden, wird überdies eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Bei Genehmigungsverfahren können künftig auch Projektmanager*innen eingesetzt werden, die bei den einzelnen Verfahrensschritten – wie beispielsweise bei der Fristenkontrolle sowie Sichtung und Bewertung

der eingereichten Dokumente – unterstützend tätig werden und so das Verfahren insgesamt beschleunigen. Der Entwurf sieht überdies Erleichterungen beim Repowering vor – also der Modernisierung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien.

ENERGIEVERSORGUNG

LNG-INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fehlen Deutschland noch immer wichtige Importmengen an Erdgas. Damit es im Winter 2023/2024 nicht an Gas fehlt, müssen diese Mengen ersetzt werden. Eine der wenigen Möglichkeiten, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gasmengen zu beschaffen und die Versorgung mit Gas zu sichern, ist der Einkauf verflüssigten Erdgases (LNG). Um ausreichend LNG in Deutschland anlanden, regasifizieren und weiterleiten zu können, ist der Ausbau der Importinfrastruktur unverzichtbar.

Daher hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes vorgelegt, den wir in dieser Woche in 2./3. Lesung beraten.

Dieser sieht vor, die notwendige Infrastruktur für die Verteilung der angelandeten Gasmengen schneller zu bauen. Ziel ist insbesondere, den Bau von einzelnen Gasfernleitungen zu beschleunigen, die zur Abführung von Gasmengen aus den schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU) zwingend erforderlich sind.

Des Weiteren wird ein zusätzlicher Standort für FSRU im Ostseeraum in den Anwendungsbereich des Gesetzes aufgenommen und zwei Standorte (Hamburg und Rostock) herausgenommen. Außerdem sollen die unter das LNG-Beschleunigungsgesetz fallenden Standorte fortentwickelt werden. An den Standorten der landseitigen Terminals sollen FSRU am gleichen Standort nach einer sechsmonatigen Übergangsfrist den Betrieb einstellen.

Mit einer im Omnibusverfahren angehängten Änderung des Baugesetzbuches soll außerdem der Handlungsspielraum für Kommunen zur Ausweisung von Flächen für Windenergie erweitert werden, wenn die Regionalpläne in ihrem Gebiet keine Windflächen vorsehen.





RESPEKT, FORTSCHRITT UND SICHERHEIT – WIR LIEFERN!

Als Fortschrittskoalition haben wir uns auf den Weg gemacht, um die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft für unser Land zu stellen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, Krieg in Europa und hohe Energiepreise – hat sich die Ampel in den vergangenen Monaten erfolgreich gestellt. Wir haben Maßnahmen beschlossen, um die Folgen des Krieges abzufedern, den Klimaschutz voranzutreiben und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dabei unterstützen wir Kinder und Familien, Beschäftigte, Rentner*innen und Unternehmen gleichermaßen. Das alles zeigt: Die Ampel liefert.

Wir sorgen für mehr Respekt.

Durch die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro haben sechs Millionen Beschäftigte mehr Geld in der Tasche. Wir haben das Kindergeld auf 250 Euro angehoben, und in Ost und West gilt jetzt schon der gleiche Rentenwert – ein Jahr früher als geplant. Das Wohngeld können nun mehr Menschen bekommen, und wir haben es deutlich erhöht. Mit dem Bürgergeld sorgen wir für mehr Chancen, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und Anreize. In der Pflege haben wir Leistungen angepasst und Pflegebedürftige und ihre Angehörige entlastet. Dem Fachkräftemangel begegnen wir, indem wir qualifizierte Zuwanderung erleichtern. Zudem führen wir eine Ausbildungsplatzgarantie ein und öffnen die Weiterbildungsförderung für alle Betriebe. Mit dem neuen Qualifizierungsgeld bieten wir Beschäftigten eine Perspektive, deren Unternehmen vom Strukturwandel betroffen sind.

Wir sorgen für mehr Tempo beim Klimaschutz.

Den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen wir und treiben Windkraft und Solarenergie massiv voran. Jedes Bundesland ist nun verpflichtet, genug Flächen für den Windkraftausbau bereitzustellen. Mit dem Deutschlandticket für 49 Euro sorgen wir für mehr Klimaschutz im Verkehr. Wir führen eine kommunale Wärmeplanung ein, verzichten schrittweise auf Gas- und Ölheizungen und fördern den Umstieg auf klimafreundliches Heizen.

Wir geben Sicherheit in der Krise.

Die gestiegenen Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine federn wir ab durch Direktzahlungen an Beschäftigte, Studierende und Rentner*innen, Strom- und Gaspreisbremsen, Heizkostenzuschüsse und einen Kinderbonus. Zudem gab es umfangreiche Wirtschaftshilfen. Um die Energiepreisbremsen zu finanzieren, schöpfen wir übermäßige Gewinne am Strommarkt ab. In der Krise gilt für uns der Grundsatz: You'll never walk alone. Wir nehmen alle mit. (Foto: Paul Probst)

Weitere Informationen » [ab Seite 15](#)

YOU'LL NEVER WALK ALONE.

WIR NEHMEN ALLE MIT.

Wir liefern!

Fraktion im
Bundestag

Vorfahrt für
Erneuerbare!

Weil wir unser Land
klimaneutral machen
müssen.



KURZ NOTIERT

1 Wir modernisieren das Passwesen

Wir wollen und brauchen einen digitalen Staat, der Bürger*innen das Leben erleichtert und Behördengänge auf ein Minimum reduziert. In dieser Woche berieten wir deshalb abschließend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesens, mit dem Verwaltungsabläufe modernisiert werden und Sicherheit und Integrität der Daten gewährleistet werden sollen.

Das hat viele praktische Auswirkungen: So wird der Datenaustausch zwischen den Pass, Personalausweis- und eID-Karte-Behörden nach einem Umzug vereinfacht und Zuständigkeiten klargestellt. Künftig werden beantragte Pässe, Personalausweise, eID-Karten (Karte mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis) und elektronische Aufenthaltstitel zugeschickt und müssen nicht mehr wie bisher beim Bürgeramt abgeholt werden. Schnellere Identitätsfeststellungen werden ermöglicht, was die Arbeit der Sicherheitsbehörden erleichtert.

Zum 1. Januar 2024 wird der ein Jahr gültige Kinderreisepass abgeschafft und auch Kinder erhalten die regulären Identitätsdokumente (Personalausweis, Reisepass), die in diesen Fällen eine Gültigkeitsdauer von sechs Jahren haben werden.

Um Kindesmissbrauch im Ausland zu verhindern, wird ein neuer Passversagungsgrund für solche Fälle eingeführt, in denen bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass Passbewerber*innen im Ausland bestimmte Sexualstraftaten begehen werden.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir in Entschlie-

ßungsanträgen eine Reihe von weiteren Forderungen an die Bundesregierung adressiert. So sprachen wir uns für ein entschlossenes Vorantreiben der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes aus. Sowie dafür, das Datenschutzcockpit als zentrales Transparenz- und Steuerungswerkzeug für Bürger*innen zu etablieren. Dadurch soll der Datenaustausch personenbezogener Daten zwischen öffentlichen Stellen für die betroffenen Personen trans-

parent und nachvollziehbar werden.

2 Für faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr

Transport und Logistik sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland enorm wichtig. Der Güterverkehr mit den Berufskraftfahrer*innen und den Transportunternehmen sind für unser tägliches Leben essentiell – beispielsweise bei der Lebensmittelversorgung. Die Belastungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihrer Mitarbeitenden müssen deshalb stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und die Rahmenbedingungen für die Branche zukunftssicher gestaltet werden. Dazu haben wir Koalitionsfraktionen einen Antrag vorgelegt, den wir in dieser Woche im Bundestag abschließend berieten.

Der Antrag umfasst ein umfangreiches Maßnahmenbündel für den Straßengüterverkehr sowie Forderungen zur besseren Verzahnung mit der Schiene und den Wasserstraßen. Der Schienengüterverkehr soll bis zum Jahr 2030 einen Marktanteil von 25 Prozent erreichen, Wasserwege und Schleusen samt Anpassung der Brückenhöhen ausgebaut und saniert werden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten im Antrag eine Ausweitung des Flottenerneuerungsprogramms für eine klimafreundliche Binnenschifffahrt.

Die Forderungen zielen zudem darauf ab, die Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrer*innen zu verbessern und die Wettbewerbsposition gesetzeskonform agierender Unternehmen zu stärken. Die Forderungen umfassen sechs Bereiche, die sich mit Arbeitsbedingungen, Kontrollen, dem Image des Straßengüterverkehrs, erleichterten Arbeitsbedingun-

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



KURZ NOTIERT

gen für Zuwanderer*innen, entbürokratisierter Berufsqualifikation sowie dem Ausbau von Parkraum und Verkehrsinfrastruktur beschäftigen.

Wir Koalitionsfraktionen betonen im Antrag die Bekämpfung wettbewerbsverzerrender und unfairer Arbeitsbedingungen. Dafür soll die Einhaltung des Mindestlohngesetzes wirksamer kontrolliert und bei der Vergabe durch den Bund die sozialen Bedingungen des Transports sowie die Arbeitsbedingungen der Transportierenden stärker berücksichtigt werden. Für die Kontrollen soll mehr Personal bei den Überwachungsbehörden bereitgestellt, das Kontrollpersonal geschult und Kontrollkompetenzen gebündelt werden. Zudem sollen digitale Kontrollgeräte effektiver genutzt und ausgewertet werden. Wir sprechen uns zudem für eine spürbare Anhebung relevanter Bußgelder auf ein Niveau aus, das den wirtschaftlichen Vorteil durch Rechtsverletzung erkennbar übersteigt.

Für Lkw-Fahrer*innen sollen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geprüft werden, etwa der Zugang zu Sanitäranlagen und Pausenräumen und die Vergrößerung der Kabinen für Pausenaufenthalte und Ruhezeiten. Ebenso soll der Einstieg von Zuwanderer*innen ins Transportgewerbe erleichtert werden, indem zum Beispiel Führerscheine und Qualifikationen auch in Fremdsprachen erworben werden können.

3 Rechte der Verbraucher*innen stärken

Die EU-Verbandsklagenrichtlinie stärkt die Rechte von Verbraucher*innen. Ihre Ansprüche sollen so einfacher geklärt und durchgesetzt werden. Auch Unternehmen erhalten dadurch schneller Rechtssicherheit. Gleichzeitig kann die Justiz von massenhaften Einzelklagen entlastet werden, da Klagewellen (wie durch den Diesel-Skandal oder Forde-

rungen wegen überhöhter Kontogebühren durch Banken) so zukünftig vermieden werden können.

Wir berieten in dieser Woche abschließend im Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Verbandsklagenrichtlinie. Eingeführt wird damit eine neuartige Klageform für Verbandsklagen: die sogenannte Abhilfeklage. Diese wird zusammen mit den bereits etablierten Musterfeststellungsklagen in einem neuen Verbraucherrechte-Durchsetzungsgesetz (VDuG)

geregelt. Eine Abhilfeklage kann ein Verbraucherverband gegen ein Unternehmen erheben, um Ansprüche von Verbraucher*innen geltend zu machen – beispielsweise wegen Produktmängeln oder unzulässigen Preisklauseln. Wird der Abhilfeklage stattgegeben, erhalten die betroffenen Verbraucher*innen den ihnen zustehenden Geldbetrag von einem Sachwalter ausgezahlt, der das Urteil umsetzt.

Wir konnten im parlamentarischen Verfahren noch deutliche Verbesserungen erreichen, so ist es nun bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung noch möglich, sich der Klage anzuschließen. Damit werden auch die Verjährungsfristen für angemeldete Verbraucher*innen deutlich verlängert. So wird es für wesentlich mehr Menschen einfacher, sich der Klage anzuschließen und ihre Rechte auch geltend zu machen.

Eine Abhilfeklage dürfen nur Verbände erheben, die als qualifizierte Verbraucherverbände beim Bundesamt für Justiz registriert sind und bestimmte Anforderungen zum Beispiel hin sichtlich ihrer Finanzierung erfüllen. Auch qualifizierte Einrichtungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten dürfen bei deutschen Gerichten grenzüberschreitende Abhilfeklagen erheben.

Auch Gewinnschöpfungsansprüche sollen künftig leichter durchgesetzt werden, damit Unrechtsgewinne aus Streuschäden wirksamer abgeschöpft werden können. Streuschäden sind Schäden in geringer Höhe bei vielen Betroffenen, für die eine Schadensbeseitigung im Wege einer Abhilfeklage oft den Aufwand nicht lohnt, der Unrechtsgewinn in der Summe aber erheblich ist und deshalb nicht beim Unternehmen verbleiben soll.



BUNDESMITTEL FÜR DEN WAHLKREIS

BUNDESREGIERUNG FÖRdert INKLUSIVE BERUFLICHE PRÜFUNGEN IN KASSEL MIT ÜBER 2,6 MIO. EURO.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstützt Inklusive berufliche Prüfungen ohne Sprachbarrieren durch Textoptimierung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz mit Fördergeldern in Höhe von 2,6 Mio. Euro. Die Unterstützung erhält der Projektträger Zentral-Fachausschuss Berufsbildungswerk Druck und Medien in Kassel.

Die Bundesförderung komme aus dem Ausgleichsfonds für überregionale Vorhaben zu Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben. Die Zuschüsse seien für überregionale Modellvorhaben zur Entwicklung technischer Arbeitshilfen für schwerbehinderte Menschen vorgesehen.

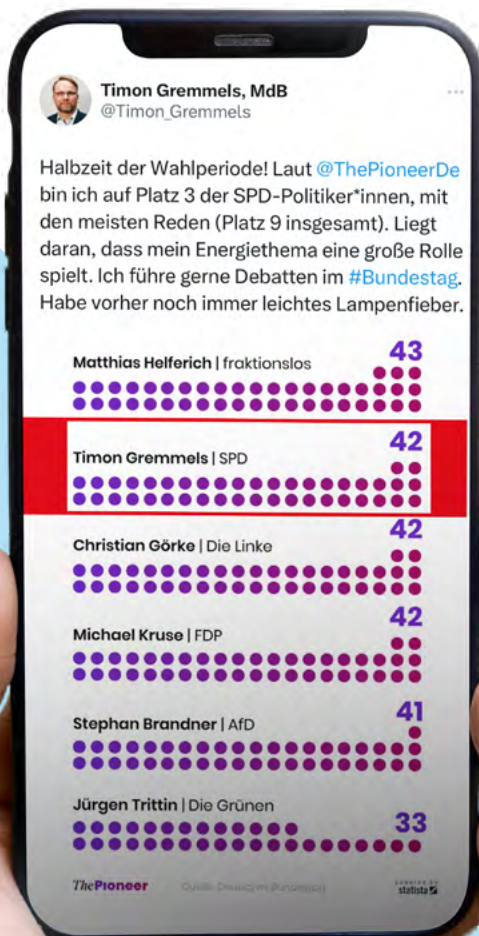
Es wird ein KI-Übersetzungswerkzeug für berufsspezifische Prüfungsaufgaben in einfache Sprachen für den Bereich Druck und Medien entwickelt, erprobt und evaluiert. Dieses KI-Tool soll helfen, die sprachlichen Anforderungen in Prüfungen auch für linguistische Laien sicht- und steuerbar zu machen und auf diese Weise sprachbezogene Barrieren in Prüfungen abzubauen. Beim Übersetzungsvorgang sollen

die Fachausdrücke erhalten bleiben, der Kontext aber reduziert und verständlicher gemacht werden.

In Zusammenarbeit mit ausbildenden und prüfenden Institutionen, vor allem der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, solle das Modellprojekt dazu beitragen, sprachliche Chancengleichheit in Prüfungen herzustellen, um standardsprachliche Barrieren abzubauen und Abbruchquoten absenken.

Ich freue mich, dass in Kassel in Zeiten des Fachkräftemangels mit dieser Förderung die Möglichkeit für Menschen mit Beeinträchtigungen gestärkt wird, einen qualifizierten Berufsabschluss zu erwerben.

Grafik © Rampixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
linkedin.com/in/timon-gremmels



BUNDESPROGRAMM „RESTART – SPORT BEWEGT DEUTSCHLAND“

SPORTVEREINE STÄRKEN – MENSCHEN FÜR SPORT BEGEISTERN

Während der Corona-Pandemie und auch danach haben viele Sportvereine und ihre Mitglieder gelitten: Die Mitgliederzahlen gingen zurück, gemeinsamer Sport war lange nicht möglich. Das mit 25 Millionen Euro vom Bundesministerium des Innern und für Heimat bis Ende 2023 geförderte Programm „ReStart – Sport bewegt Deutschland“ will die Menschen daher wieder für mehr Sport und Bewegung begeistern und unsere Sportvereine stärken. Das Programm besteht aus verschiedenen Bausteinen, die sich an Verbände, Vereine, Ehrenamtliche, Vereinsmitglieder, Kommunen und Bürger*innen richten. Zu den Angeboten für Vereine, Verbände und Bürger*innen zählen die Sportvereinschecks, die Bewegungslandkarte sowie das Angebot „Sporttage sind Feiertage“.

Sporttage sind Feiertage

Neben dem ehrenamtlichen Engagement im Verein, ist auch die Finanzierung wichtig, damit Vereine Angebote anbieten können. Der Förderbaustein „Sporttage sind Feiertage“ ist hier eine Starthilfe: 4.000 Vereine können 1.000 Euro für Veranstaltungen, für Projekte mit z. B. den Schwerpunkten Integration, Inklusion, Gesundheitssport, Sport der Älteren, Frauen, Mädchen und Familien im Sport sowie für Projekte zur Förderung der Schwimmfähigkeit beim DOSB beantragen und erhalten. Anträge für „Sporttage sind Feiertage“ können Vereine sowie Kreis- und Stadtsportbünde bis zum 31. Juli 2023 online unter <https://foerderportal.dosb.de> stellen.

Sportvereinschecks

Sportvereinschecks gibt es für alle interessierten Menschen, die wieder in Bewegung kommen wollen. Insgesamt stehen 150.000 Sportvereinschecks [online](#) bis zum 31. August zur Verfügung. Der Sportvereinscheck ist ein finanzieller Zuschuss in Höhe von 40 € zum Mitgliedsbeitrag im Jahr 2023 bei Abschluss einer neuen Vereinsmitgliedschaft. Der Sportvereinscheck kann ausschließlich in Sportvereinen eingelöst werden.

Anträge zum Einlösen von Sportvereinschecks können von Vereinen bis Ende Oktober 2023 gestellt werden. Jeder Sportverein, der zum Beispiel über einen Landessportbund oder Landesfachverband einer DOSB-Mitgliedsorganisation angehört, kann Anträge auf Erstattung im Förderportal stellen. Um am Förderprogramm teilzunehmen, ist keine allgemeine Registrierung erforderlich. Nach Erhalt von Sportvereinscheck registriert sich der Verein im Förderportal, um die Schecks einzulösen. Weitere Informationen gibt es auf www.sportnurbesser.de.

Angebote der Vereine auf der Bewegungslandkarte

Auf der BewegungsLandkarte (www.bewegungslandkarte.de) können Vereine ihre Bewegungsangebote selbst hinzufügen. Das erleichtert es allen Bewegungs- und Sportinteressierten, Angebote in ihrem Umkreis schnell zu finden – passende zur ihrer körperlichen Verfassung, Altersgruppe und familiären Situation. Vereine können ihre Angebote [online](#) eintragen – nach vorher erfolgter Registrierung.

Alle Infos rund um das Programm finden sich online unter www.dosb.de/sportentwicklung/restart.



JUGENDMEDIENWORKSHOP IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

DEMOKRATIE ZWISCHEN TIKTOK UND BUNDESTAG

Zum achtzehnten Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. 25 politik- und medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren zu einem einwöchigen Workshop vom 16. bis 20. Oktober 2023 nach Berlin ein. Das Thema: Politische Partizipation von jungen Menschen. Einen Monat vorher – am 16. und 17. September 2023 – findet ein digitales Vorbereitungswochenende statt.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Wählen zu dürfen, ist ein wichtiger Bestandteil davon. Allerdings ist das nicht für alle möglich – z.B. für Jugendliche unter 18. Genau hier setzt der Jugendmedienworkshop an. Der Jugendmedienworkshop 2023 beleuchtet, wie sich junge Menschen politisch und gesellschaftlich engagieren und welche Startbedin-

gungen sie haben. Daneben geht es darum, welche Schwierigkeiten, aber auch Möglichkeiten und Unterstützung es für sie gibt, sich politisch zu beteiligen.

Unter der Schirmherrschaft von Frau Aydan Özoğuz, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, erwartet die Jugendlichen ein spannendes und abwechslungsreiches

Workshop-Programm zum medialen und politisch-parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt. Sie werden sich u. a. kritisch mit dem aktuellen politisch-parlamentarischen Geschehen auseinandersetzen, Abgeordnete persönlich treffen, an Gesprächen mit Mitgliedern von Fachausschüssen teilnehmen, Fachleuten zum Workshop-Thema begegnen und in einen Dialog treten sowie an einem Online-Dossier mit eigenen Beiträgen aktiv mitwirken.

Das übergeordnete Thema des diesjährigen Workshops lautet „Politische Partizipation von jungen Menschen“. Gemeinsam mit den Jugendlichen werden nach deren Interessen inhaltliche Schwerpunkte für das Workshopprogramm in Berlin festgelegt. Die Kooperationspartner*innen haben das bisherige Veranstaltungskonzept mit dem Ziel überarbeitet, Jugendliche mit unterschiedlichen Vorerfahrungen, Hintergründen und Perspektiven zu erreichen. Bei dem Workshop wird eine elektronische Publikation, in die Audio-, Video- oder Social Media-Beiträge eingebunden werden.

Interessierte können sich vom 1. Bis 30. Juli 2023 unter www.jugendpresse.de/bundestag bewerben.



BILDERGALERIE



Ein neuer Rekord!

Rund 150 Schüler*innen haben mich am Montag im Bundestag besucht. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause habe ich mir gerne die Zeit genommen die vielen Fragen der Schüler*innen und ihrer Lehrkräfte zu beantworten. Denn das gehört genauso zu meinem Jobprofil wie die intensiven Beratungen auf dem Weg zum Gebäudeenergiegesetz.

Danke an die Besucher*innen von der Wilhelm-Leuschner-Schule, der IGS Kaufungen und dem Wilhelmsgymnasium aus meinem Wahlkreis! Und ein ganz besonderer Dank an Felix Döring und Sören Bartol für die Unterstützung!



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Morgendlicher Austausch

Am Dienstag trafen wir uns zum Mitgliedefrühstück des Netzwerk Berlins mit Wolfgang Schmidt, dem Chef des Bundeskanzleramtes.

Fotos: Netzwerk Berlin – Jon-Luca Klockow

SPD-Landesgruppe trifft hessische Landtagsabgeordnete

Vor dem traditionellen Hessenempfang in der hessischen Landesvertretung in Berlin trafen sich am Mittwoch die SPD-Bundestagsabgeordneten der hessischen Landesgruppe mit den Abgeordnetenkolleg*innen aus dem hessischen Landtag. Bei unserem Austausch ging es um die Wärmewende, die Lebenswirklichkeit der Menschen in Hessen, Kindergrundsicherung und Co.



Gebäude-Energie-Effizienz

Beim Politischen Abend der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea) Deutsche Energie-Agentur (dena) ging es u.a. um das Gebäudeenergiegesetz, die kommunale Wärmeplanung. Als Teilnehmer auf dem Podium konnte ich einige Impulse rund um die Wärmewende geben.

Foto: dena/Claudius Pflug

BILDERGALERIE



Geballte Kraft aus Stadt und Landkreis Kassel

Beim traditionellen Hessenempfang in der hessischen Landesvertretung in Berlin waren auch viele Genoss*innen aus Kassel-Stadt und -Land mit dabei! Danke für den tollen Abend!

Foto (ganz rechts): Offen für Vielfalt



Nieste in Bewegung

Kaum aus den USA zurück, ging es für mich vergangenes Wochenende nach Nieste zum „Tuspo Sport- und Familientag“, für den der Sportverein eine Bundesförderung aus dem Programm „ReStart – Sport bewegt Deutschland“ vom Bundesinnenministerium erhalten hatte.



Unterwegs in Vellmar

Am vergangenen Sonntag war ich zu Besuch in Vellmar – beim Jahresempfang der Stadt auf dem Festivalgelände „Sommer im Park“ im schönen Ahnepark. Dort traf ich u.a. auch den hiesigen Landtagsabgeordneten Florian Schneider.



Am 21. Juli ist in Hessen der letzte Schultag und die Sommerferien starten. Ich wünsche allen Schüler*innen, Lehrkräften und natürlich auch allen Anderen ...

FANTASTISCHE FERIEN UND EINEN SCHÖNEN SOMMER!

Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
✉ buero@timon-gremmels.de
🏠 www.timon-gremmels.de

☎ 0561 - 700 10 52
f TimonGremmels
📷 @gremmels



Wir liefern!

Unsere Erfolge 2023

Das Bürgergeld: mehr Respekt, Chancen und Sicherheit

Mit dem Bürgergeld lassen wir Hartz IV hinter uns. Die Karenzzeit für Wohnen und Vermögen in den ersten zwei Jahren sorgt nun dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann. Die Regelsätze wurden deutlich erhöht, außerdem wird die Inflation künftig zeitnah berücksichtigt. Durch bessere Aus- und Weiterbildung bringen wir Menschen nun gezielter in Arbeit. Mit einem Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir diejenigen, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Seit dem 1. Juli 2023 gelten außerdem das Weiterbildungsgeld von 150 Euro monatlich, höhere Freibeträge bei Hinzuverdienst und der Kooperationsplan für mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Mehr Geld für Familien

Wir sorgen für mehr gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Sicherheit für Kinder und Familien. Zum 1. Januar 2023 haben wir das Kindergeld auf 250 Euro pro Kind angehoben. Auch der einkommensabhängige Kinderzuschlag ist für Familien mit geringem Einkommen auf bis zu 250 Euro monatlich angestiegen. Der nächste große Schritt ist dann die Kindergrundsicherung, mit der wir familienpolitische Leistungen bündeln und so Kinderarmut wirksam bekämpfen wollen.

Das Wohngeld-Plus: höheres Wohngeld für mehr Menschen

Seit dem 1. Januar 2023 haben mehr Personen Anspruch auf Wohngeld – bis zu zwei Millionen Haushalte statt wie zuvor 600.000. Eine Heizkosten- und Klimakomponente wird dauerhaft ins Wohngeld integriert. Durchschnittlich steigt das Wohngeld um rund 190 Euro pro Monat. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung. Mit dem Wohngeld-Plus helfen wir also genau dort, wo Hilfe gebraucht wird – bei den Miet- und Nebenkosten. Denn für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen sind die Wohnkosten deutlich zu hoch.

Mehr Rente bundesweit: gleicher Rentenwert in Ost und West

Die Renten sind zum 1. Juli 2023 um 4,39 Prozent im Westen und um 5,86 Prozent im Osten gestiegen. Durch die kräftigen Rentenerhöhungen 2022 und 2023 wird die Rentenangleichung Ost ein Jahr früher erreicht als geplant – damit gilt nun ein gleicher Rentenwert in Ost und West. Mit dem Härtefallfonds hat der Bund darüber hinaus eine Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und jüdische Zuwander:innen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie für Spätaussiedler:innen eingerichtet. Die Betroffenen können bis 30. September 2023 einen Antrag auf eine Einmalzahlung von 2.500 Euro stellen. Seit Ende Juni werden die ersten Leistungen ausgezahlt.



Recht auf Ausbildung eingeführt

Wir unterstützen junge Menschen dabei, eine Ausbildung zu finden. Dazu führen wir Berufsorientierungspraktika ein und übernehmen Fahrtkosten – auch für Heimfahrten, wenn die Ausbildung in einer anderen Region absolviert wird. Neu ist auch eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden und in einer Region mit zu wenig Ausbildungsplätzen wohnen. Sie haben künftig einen Rechtsanspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung.

Fachkräfte für Deutschland

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir nun eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit. Wir eröffnen Menschen aus Ländern außerhalb der EU wesentlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten, und verbessern nachhaltige Einwanderung und Integration von Fach- und Arbeitskräften. Die Erwerbseinkommensmigration soll künftig auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial.

Wir vereinfachen die Anerkennung für Abschlüsse, und eine Chancenkarte schafft mehr Möglichkeiten, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Die Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration bleibt für uns wichtig. Es wird keine Aufweichung bei der Tarifbindung und den sozialen Standards und keine generelle Öffnung für Leiharbeit geben.

Auch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gehört zum Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik. Dies werden wir im zweiten Halbjahr 2023 auf den Weg bringen.

Aus- und Weiterbildung gestärkt

Für viele Betriebe ist der Fachkräftemangel aktuell die größte Herausforderung. Auch der Arbeitsmarkt verändert sich: Einige Berufe fallen weg, andere entstehen. Deshalb brauchen wir ein Aus- und Weiterbildungssystem auf der Höhe der Zeit, um inländische Potenziale zu heben. Dazu vereinfachen wir die Weiterbildungsförderung und öffnen sie für alle Betriebe. Die Fördersätze werden auf die maximale Höhe festgeschrieben. Zudem führen wir ein Qualifizierungsgeld ein. Damit ermöglichen wir Beschäftigten in Betrieben im Strukturwandel, sich zu Fachkräften weiterzuentwickeln. Während der Weiterbildung tragen die Betriebe die Weiterbildungskosten, und die Beschäftigten erhalten das Qualifizierungsgeld als Lohnersatzleistung.

Mit dem Deutschlandtempo schneller voran

Wir wollen Deutschland modern und zukunftssicher machen. Dafür müssen wir schneller werden – bei der Energiewende, beim Bauen und bei der Infrastruktur. Insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden, damit beispielsweise Windräder schneller an den Start gehen können. Ausbau und Nutzung von erneuerbaren Energien haben künftig Vorrang. Wird bei ausgewählten Projekten beim Straßen- und Schienenbau das überragende öffentliche Interesse festgestellt, kann auch hier zügiger gebaut werden. Stauschwerpunkte und Engstellen können dann schneller beseitigt werden.

Wir brauchen mehr Wohnungen und müssen schneller bauen, deshalb haben wir die Verfahren durch die Vermeidung von Doppelprüfungen und kürzere Genehmigungsfristen auf kommunaler Ebene gestrafft. Zudem werden wir mehr Prozesse digitalisieren: Die Digitalisierung im Bauleitplanverfahren – zum Beispiel die digitale Veröffentlichung von Planentwürfen – bringt eine erhebliche Beschleunigung beim Wohnungsbau.

Wärmewende sozial gestalten

Im Gebäudesektor wird immer noch sehr viel fossile Energie verbraucht, deshalb brauchen wir auch dort klimafreundliche Lösungen. Ein wichtiger Schritt ist die Reform des Gebäudeenergiegesetzes, die wir im September im Bundestag beschließen werden. Uns ist es wichtig, beim Klimaschutz alle mitzunehmen und niemanden zu überfordern. Wir werden eine verpflichtende und flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen, die bis 2026 für große und bis 2028 für kleinere Kommunen vorliegen muss.

Damit viele Menschen sich einen Heizungstausch leisten können, werden wir den Umstieg in der Breite der Gesellschaft unterstützen. Wir werden den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten fördern. Auch werden wir dafür sorgen, dass Mieter:innen nicht über Gebühr belastet werden: Beim Heizungstausch darf die Miete um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter steigen.



Das Deutschlandticket ist da

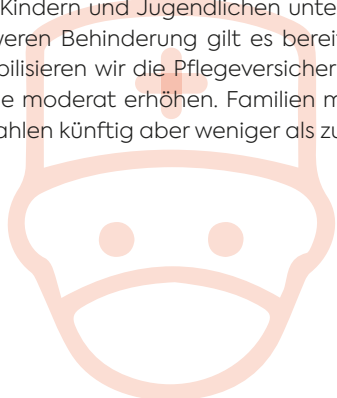
Grünes Licht für einen günstigen öffentlichen Nahverkehr: Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das Deutschlandticket, die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat für 49 Euro im Monat. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in Deutschland genutzt werden. Das Deutschlandticket revolutioniert den öffentlichen Nahverkehr. Mobilität wird nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler:innen und ein wegweisender Baustein der Mobilitätswende.

Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung

In einer inklusiven Gesellschaft sollte der Arbeitsmarkt allen Menschen gleichermaßen offenstehen. Zu viele Unternehmen drücken sich trotz Beschäftigungspflicht davor, Menschen mit Behinderung einzustellen. Deshalb haben wir die Ausgleichsabgabe erhöht, die Arbeitgeber zahlen müssen, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Die Einnahmen investieren wir vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und erhöhen den Lohnkostenzuschuss, den Unternehmen erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen.

Pflegende Angehörige entlasten

Zum 1. Januar 2024 erhöhen wir Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Außerdem kann, wer Angehörige pflegt, künftig jährlich für bis zu zehn Arbeitstage je pflegebedürftiger Person das Pflegeunterstützungsgeld in Anspruch nehmen. Ab 1. Juli 2025 führen wir ein Entlastungsbudget für pflegende Angehörige ein, also einen gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege. Damit können Pflegeleistungen flexibler abgerufen werden. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung gilt es bereits ab 2024. Außerdem stabilisieren wir die Pflegeversicherung, indem wir die Beiträge moderat erhöhen. Familien mit mehr als zwei Kindern zahlen künftig aber weniger als zuvor.



Verbesserte Versorgung mit Kinderarzneimitteln

Fiebersaft, Antibiotika und andere Medikamente waren in Apotheken zuletzt oft Mangelware. Wir steuern dagegen, indem wir die Preisregeln für Kinderarzneimittel lockern und Festbeträge und Rabattverträge abschaffen. Durch Anreize sorgen wir dafür, dass genug Medikamente verfügbar sind. Pharmaunternehmen können ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent erhöhen, die Krankenkassen tragen die Mehrkosten. In Ausschreibungen müssen insbesondere in der EU hergestellte Antibiotika und andereversorgungskritische Arzneimittel berücksichtigt werden. Um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen, führen wir ein Frühwarnsystem ein.

Mehr Geld für Kinderheilkunde und Geburtshilfe

Wir investieren 2023 und 2024 pro Jahr knapp eine Milliarde Euro mehr in Kinderheilkunde und Geburtshilfe. Das derzeitige System der Krankenhausfinanzierung führt dazu, dass Kinderheilkunde und Geburtshilfe in immer weniger Krankenhäusern angeboten werden. Die Zahl der Patient:innen ist aber gestiegen. Mit den zusätzlichen Mitteln schaffen wir hier schnell Abhilfe. Danach greift die Krankenhausreform, die den wirtschaftlichen Druck in allen Krankenhausabteilungen senken und die Qualität der Behandlungen verbessern soll.

Demokratieförderung langfristig absichern

Der größte Feind unserer Demokratie steht rechts – das haben nicht zuletzt die Anschläge in Halle 2019 und in Hanau 2020 auf furchtbare Weise gezeigt. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir erstmals eine gesetzliche Grundlage, um zivilgesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie dauerhaft zu stärken und zu fördern. Dabei geht es um Prävention jeglicher Form des Extremismus, indem wir die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Vereinen, Verbänden und Projekten langfristig absichern und wissenschaftlich begleiten. Wir wollen dieses wichtige Vorhaben zügig abschließen.



Verkleinerung des Bundestages beschlossen

Endlich ist es geschafft: Wir haben das Wahlrecht reformiert. Ab der nächsten Bundestagswahl wird es dauerhaft nur noch 630 Abgeordnete im Deutschen Bundestag geben. Ausgleichs- und Überhangmandate und die Direktmandatsklausel fallen weg. Ausschlaggebend ist alleine das Zweitstimmenergebnis. Die Fünf-Prozent-Klausel bleibt. Damit haben wir eine faire, transparente und effektive Reform des Wahlrechts umgesetzt und sichern die Arbeits- und Kontrollfähigkeit des Parlaments. Wir zeigen, wir können Reform – auch und gerade, wenn sie uns selbst betrifft.

Hinweisgeber:innen schützen

Menschen, die den Mut haben, auf Missstände hinzuweisen, leisten einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit, sei es in der Politik oder in der Wirtschaft. Denn nur so können sich Dinge verbessern. Aber diese Personen brauchen Schutz, damit sie sich überhaupt melden. Diesen erhalten sie nun mit den neu geschaffenen Regelungen zum Hinweisgeberschutz. Uns ist dabei wichtig, dass das Gesetz einen sehr weiten Anwendungsbereich hat und Arbeitnehmer:innen, die Missstände in ihren Betrieben aufdecken, umfassend vor Repressalien schützt.

Sanktionenrecht reformiert

Wir haben das Sanktionenrecht reformiert: Die Dauer der Ersatzfreiheitsstrafen wird halbiert und „geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive führen zu höheren Strafen.

Ersatzfreiheitsstrafen werden verhängt, wenn Geldstrafen nicht bezahlt werden. Mit der Halbierung bringen wir eine sinnvolle Entlastung auf den Weg, denn Ersatzfreiheitsstrafen sind teuer und bringen Menschen auch bei geringen Delikten in Haft.

Hasskriminalität gegen Frauen und queere Menschen richtet sich gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft. Deswegen müssen diese Tatmotive zu höheren Strafen führen. Patriarchale Besitzansprüche und Vorstellungen von einer Ungleichwertigkeit der Geschlechter werden künftig bei der Feststellung von niedrigen Beweggründen berücksichtigt.

Unterstützung für die Ukraine

Noch immer führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine. Deshalb unterstützen wir die Ukraine weiterhin – humanitär, wirtschaftlich, finanziell, diplomatisch und militärisch. Dies tun wir in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern in der EU, NATO und G7. Inzwischen ist Deutschland zweitgrößter Unterstützer der Ukraine. Auch haben viele Geflüchtete aus der Ukraine bei uns Schutz gefunden.

Nationale Sicherheitsstrategie

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeutet das Ende der Sicherheitsordnung in Europa wie wir sie seit den 1990er Jahren mühsam aufgebaut haben. Wir müssen deshalb unsere Sicherheit gemeinsam mit unseren internationalen Partnern auf eine neue Grundlage stellen. Dafür haben wir die Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen, die unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteure im In- und Ausland erarbeitet wurde. Uns geht es um eine Politik der integrierten Sicherheit: Alle relevanten sicherheitspolitischen Akteure, Mittel und Instrumente sollen künftig zusammenarbeiten und ineinandergreifen, um den Herausforderungen nach innen und außen besser begegnen zu können.

Tierhaltung besser kennzeichnen

Wir haben eine Tierhaltungskennzeichnung für Schweinefleisch im Lebensmitteleinzelhandel beschlossen. Verbraucher:innen können so klar erkennen, wie ein Tier gehalten wurde und diese Information bei ihren Kaufentscheidungen berücksichtigen.

Noch in diesem Jahr wird das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz um verarbeitete Produkte sowie Außer-Haus-Verpflegung und Gastronomie erweitert und der komplette Lebenszyklus der Schweine aufgenommen. Weitere Tierarten wie zum Beispiel Milchkühe, Mastbullen oder Geflügel folgen ab 2024.

Stand: 07.07.2023. Redaktion: Planungsgruppe, Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion, Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin